

S A T Z U N G

für das Gebiet "Älterstraße-Tiergartenstraße" der Gemeinde Meißenheim. Ortsteil Kürzell. Ortenaukreis. zur Abrundung eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils durch einzelne Außenbereichsgrundstücke

- Abrundungssatzung -

Aufgrund des § 34 Absatz 4 Nr. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3.10.1983 (GBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.12.1991 (GBl. S. 860) hat der Gemeinderat der Gemeinde Meißenheim folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand

Der im Zusammenhang bebaute Ortsbereich "Ältergebiet" wird durch die Flächen der Außenbereichsgrundstücke Lgb.-Nr. 3304/29 bis 3304/32, 5250, 5250/1, 5249, 5249/1, 5248/1 bis 5248/3, 5244 bis 5248, 5375 bis 5377, 5393, 5394 und 5238/1 abgerundet.

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich

Für die in § 1 genannte Abrundung ist der Lageplan vom 15.03.1993 maßgebend. Er ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 3

Einzelne Festsetzungen

Für die in § 1 genannte Abrundung sind einzelne Festsetzungen gemäß § 34 Absatz 4, Satz 3 und 4, BauGB getroffen und in Form textlicher Festsetzungen und Eintragung im Lageplan niedergelegt. Sie sind Bestandteil dieser Satzung.

§ 4

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 74 LBO handelt, wer den aufgrund von § 73 LBO ergangenen Bestandteilen dieser Satzung zuwiderhandelt.

§ 5

Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

Meißenheim, den 31.05.1994

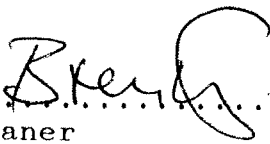


.....
Der Bürgermeister

**Festsetzungen zur Abrundungssatzung "Älterstraße-Tiergartenstraße"
der Gemeinde Meißenheim, Ortsteil Kürzell, Ortenaukreis,
gemäß § 34 Absatz 4, Satz 3**

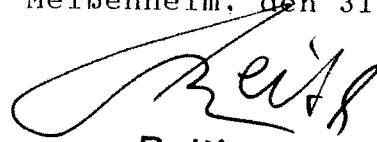
1. Die Gebäude sind mit ihrer Firstrichtung senkrecht zu den Straßen anzuordnen (Giebelständigkeit). Hiervon ausgenommen sind die Grundstücke Lgb.-Nr. 5375 bis 5377, 5394 und 5249/1.
2. Auf den Grundstücken Lgb.-Nr. 5244 bis 5247 und 5394 dürfen die Gebäude nicht mehr als ein Vollgeschoß erhalten.
3. Auf den Grundstücken Lgb.-Nr. 5244 bis 5247 sind die Gebäude in der bestehenden Bauflucht der Älterstraße anzuordnen. Es sind nur Nutzungen zulässig, die keine Schmutzwasserbeseitigung erfordern. Das anfallende Regenwasser ist auf den westlichen Grundstücksteilen (zur Tiergartenstraße hin) zu versickern.
4. Entlang der Unditz ist auf dem Grundstück Lgb. Nr. 5377 für Neubebauung und auf dem Grundstück Lgb. Nr. 5394 für spätere Ersatzbauten ein Streifen, gemessen von der Böschungsoberkante des Gewässers, von mindestens 5,0 m Breite von jeglicher Bebauung freizuhalten. Hierzu gehören auch Anlagen wie z. B. Garagen, Gartenhütten, feste Zäune u.s.w.. Dieser Streifen ist in natürlichem Zustand zu belassen. Ein standortgerechter Uferbewuchs (z. B. Erlen und Weiden) ist zu erhalten und zu fördern.
5. Interessen der Bundeswehr nach dem Luftverkehrsgesetz sind betroffen: der Bauschutzbereich des Flugplatzes Lahr ist berührt. Die Bauanträge aller Einzelbauvorhaben innerhalb des Plangebiets sind zu gegebener Zeit im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens der Wehrbereichsverwaltung V - militärische Luftfahrtbehörde - zur Zustimmung vorzulegen (§ 12 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz)
6. Die Aufstellung von Baukränen ist nach den Bestimmungen des Luftverkehrsgesetzes genehmigungspflichtig. Eine entsprechende Genehmigung ist gesondert, mindestens vier Wochen vor der beabsichtigten Aufstellung des jeweiligen Baukrans vom Unternehmer bei der Wehrbereichsverwaltung V als militärische Luftfahrtbehörde zu beantragen.
7. Das beiliegende Merkblatt ist zu beachten. Es wird Bestandteil der Abrundungssatzung und ist den einzelnen Baugenehmigungsbescheiden beizufügen.

Freiburg, den 31.05.1994
mit Ergänzungen vom 01.08.1994

..........
Der Planer

STÄDTEBAU UND DORFENTWICKLUNG
Brenner - Dietrich - Schoettle
Freie Architekten, Diplomingenieure
Oberlinden 7, 79098 Freiburg

Meißenheim, den 31.05.1994

..........
Reith
Der Bürgermeister



M E R K B L A T T

der Wehrbereichsverwaltung V - Militärische Luftfahrtbehörde -

für die Errichtung einer Baustelle innerhalb eines militärischen Bauschutzbereiches

Die luftfahrtrechtliche Zustimmung zu Bauvorhaben innerhalb eines militärischen Bauschutzbereiches gem. §§ 12 und 17 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) vom 10.01.59 (BGBI I S. 9) sowie die baurechtliche Genehmigung durch die Baurechtsbehörde schließen nicht die Genehmigung zur Errichtung von Baustelleneinrichtungen, insbesondere die Aufstellung von Baukränen, Baumaschinen usw., die die genehmigungspflichtige Höhe im jeweiligen Bereich eines Bauschutzbereiches überschreiten, ein.

In diesem Falle ist allein die Wehrbereichsverwaltung V (WBV V) - militärische Luftfahrtbehörde - gem. § 15 des Luftverkehrsgesetzes Genehmigungsbehörde.

Der Umfang des Bauschutzbereiches und die je nach Standort der Baustelleneinrichtung genehmigungspflichtige Höhe nach dem LuftVG können bei der WBV V und bei der zuständigen Baurechtsbehörde erfragt werden.

Die Genehmigung ist durch die ausführende Baufirma bei der Wehrbereichsverwaltung V (s. obige Anschrift) unter Beifügung nachstehender Unterlagen und Angaben zu beantragen:

- a) Genaue Bezeichnung der Baustelle (Ort, Straße, Haus- bzw. Flurnummer) lt. Baugenehmigungsbescheid, Aktenzeichen, Datum;
- b) Benennung des Bauträgers/Bauherrn;
- c) zwei Kartenblätter jüngsten Datums - M 1 : 25 000 oder 1 : 10 000 (Kopie genügt) - mit eingetragenem Standort der Kräne, Baumaschinen usw. (roter Punkt auf dem Kartenblatt genügt) und Angabe der Geländehöhe in m über NN;
- d) Höhe der einzelnen Kräne (Kransäule) sowie die höchste Höhe bei ausgefahrenem Schwenkarm;
- e) Beginn und Ende der Kranerrichtung;
- f) Sind im Umkreis von 100 m, gemessen vom Kranstandort, Bauwerke, sonstige Anlagen oder Bäume vorhanden, die die Höhe der Baustelleneinrichtung überschreiten oder dieser gleichkommen? Wenn ja, in welcher Richtung - vom Aufstellungs-ort aus gesehen - liegt das Objekt und ist dieses bereits mit roten Hindernisleuchten versehen?

Die benötigten Unterlagen und Angaben, wie unter a) bis f) aufgeführt, sind vollständig dem Antrag beizufügen damit zeitraubende und unnötige Rückfragen vermieden werden; unvollständige Anträge können nicht bearbeitet werden.

Es empfiehlt sich, den Genehmigungsantrag rechtzeitig, d. h. mindestens 4 Wochen vor der beabsichtigten Aufstellung der Baustelleneinrichtung, zu stellen.

Der Genehmigungsbescheid ist auf der Baustelle für Kontrollzwecke aufzubewahren.

Eine Aufstellung o. g. Baustelleneinrichtungen vor Ergehen der Genehmigung kann gem. § 58 Abs 1 Nr 4 LuftVG mit Bußgeld bis 10.000,-- DM geahndet werden.